

# Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtausgabe  
Tageblatt Riesa,  
Gesamt Nr. 20,  
Volljahr Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständig bestimnte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Verleger:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 137.

Dienstag, 16. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewöhr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jetztaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Werthebraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Keine Einberufung des Reichstages.

### Die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses auf heute abend 6 Uhr vertagt.

Berlin. (Funkpruch.) Der Antrag auf Einberufung des Reichstages wurde vom Kabinettsrat gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und des Landvolkes abgelehnt, da die Mandatszahl dieser Parteien nicht die Hälfte der Reichstagsmitglieder, nämlich 289 erreicht.

Die Sozialdemokraten beantragten daraufhin die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über Änderungen der Notverordnung. Die Kommunisten und die Nationalsozialisten beschloßen sich ihre Stellungnahme zu diesem Antrage vor. Infolgedessen vertagte der Kabinettsrat die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses bis 6 Uhr abends. Die Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten bilden zusammen eine Mehrheit des Reichstages, können also die Einberufung des Ausschusses durchsetzen, falls sich alle drei Fraktionen dafür einsetzen.

Berlin. (Funkpruch.) Ueber die Sitzung des Kabinettsrats des Reichstages erklärt das Nachrichtenbüro des Reichstages: Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, gab die Erklärung ab, daß die Volkspartei auch gegen die Einberufung des Haushaltsausschusses sei, ebenso erklärte der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abg. Molath, daß nach Ansicht seiner Fraktion im Haushaltsausschuß das von seiner Partei als vorrangig bezeichnete Ziel einer numerischen Ausfüllung der Reparationsfrage nicht erreicht werden könne und daß seine Fraktion aus diesem Grunde an der Einberufung dieses Ausschusses kein Interesse habe, sondern auf die Einberufung des Reichstages selbst bestehen müsse.

Berlin. (Funkpruch.) Im Auftrage der Reichsregierung richtete Staatssekretär Pfänder einen Appell an die Parteien und erklärte, die Reichsregierung werde jede Einberufung des Reichstages wie auch des Haushaltsausschusses mit ihrem sofortigen Rücktritt beantworten. Die Fraktionen, die sich im Kabinettsrat des Reichstages für eine Einberufung des Reichstages erklärten, hatten nur 285 Abgeordnete hinter sich, so daß also 24 Stimmen an der Ur die Einberufung erforderlichen Mehrheit fehlten.

### Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gab folgende Erklärung aus:  
1. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat keine weitere Massendemonstrationen und keine Steuern nur nach dem Ausmaß aller Möglichkeiten der Ausgabenbeschränkungen und nach der Durchführung von Reformen nach einem einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspläne für tragbar angesehen. Die Notverordnung enthält auf diesem Gebiete nur völlig unbefriedigende Anlässe.  
2. Die Reichstagsfraktion hat weitere Forderungen für das deutsche Volk nur für tragbar erklärt, für die gleichzeitig in soeben Tempo und entschlossen die Revision der Tributzinsen von der Reichsregierung in Gang gebracht wird.  
3. Die Reichstagsfraktion hält die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung nicht geeignet, die Durchführung der genannten Aufgabe durchzuführen und verlangt vielmehr unter Führung des Kanzlers eine Regierung, in der für den schweren Abwehrkampf im ganzen Volk anerkannte Persönlichkeiten vertreten sind, durch die allein die Vertrauensgrundlage wieder geschaffen und erhalten werden kann.

### Volksdienst gegen Einberufung des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Die Fraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes gab folgende Erklärung aus. Die Fraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei lehnt die Einberufung des Reichstages heute im Kabinettsrat ab. Die Fraktion erwartet vom Reichstag keine Förderung in der Lösung der dringenden Fragen der Außen- und Innenpolitik. Die Fraktion behält sich aber eine erneute Stellungnahme ausdrücklich vor, wenn nicht in kürzester Frist weitere entscheidende Schritte in der Tributfrage erfolgen. Nur unter dieser Voraussetzung steht der Volksdienst auch von der Forderung einer sofortigen Forderung der Notverordnung ab. Die Fraktion hat zur Person des Kanzlers Vertrauen, sie hält aber einzelne Mitglieder des Kabinetts für eine schwere Belastung und wird daraus bei gegebener Gelegenheit die Folgerungen ziehen.

### Landvolk für Einberufung des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion des deutschen Landvolkes hatte nach mehrstündiger Aussprache einstimmig beschlossen, im Kabinettsrat für die Einberufung des Reichstages zu stimmen.

### Vor der Sitzung des Kabinettsrates.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichstag hat heute vormittag dasselbe Bild, wie früher während der Vorbereitungen an großen Tagen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beendete gegen 12 Uhr ihre Sitzung. Ueber das Ergebnis wurde nichts mitgeteilt. Die Fraktion hat eine Entscheidung gefast, die erst nach der Kabinettsratsitzung veröffentlicht werden soll.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat in ihrer Sitzung am Dienstag mittag beschlossen, im Kabinettsrat für die Einberufung des Reichstages zu stimmen.

Berlin. (Funkpruch.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beendete ihre Sitzung, ohne über ihre Haltung etwas mitzuteilen. Es wurde nur erklärt, daß die Fraktion um 3 Uhr erneut zusammentreten wird. Im Anschluß an die soz.-dem. Fraktionsitzung trat der Kabinettsrat zusammen.

### Eine letzte Verständigungsfrage der Sozialdemokraten.

Berlin. (Funkpruch.) Nachdem der Kabinettsrat die Einberufung des Reichstages abgelehnt und die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses auf heute abend 6 Uhr vertagt hat, ist also die Entscheidung über die innerpolitische Lage nicht vor heute abend zu erwarten. Diese Verhinderung war vorausgesehen, nachdem die Sozialdemokraten beschloßen hatten, um 3 Uhr erneut zusammentreten. Der sozialdemokratische Beschluß wird streng geheimgehalten. Man wird aber annehmen dürfen, daß Dr. Breitheid sich über Mittag noch einmal mit dem Reichskanzler in Verbindung setzt, um festzustellen, ob sich nicht doch noch Möglichkeiten zu einer Verständigung ergeben.

### Die Forderungen der Deutschnationalen.

Berlin. Die Fraktion des Reichstages und Landtags und die Vorstände der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei traten am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Das Ergebnis der Besprechung wurde in folgendem Beschluß zusammengefaßt:  
Die Deutschnationalen Volkspartei verlangt die Einberufung des Reichstages. Die Ablehnung dieses Antrages ist ein ausdrückliches Bekenntnis zur Mitschuld an der gegenwärtigen schweren deutschen Krise. Die Reichstagsfraktion verlangt die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März und 6. Juni 1931. Die eine Notverordnung soll die Entziehung der unzulässigen Tributlast sichern, die andere wird zur Unterdrückung der berechtigten nationalen Erregung mißbraucht, wie die empörende Beurteilung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kleiner zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe zeigt. Der vom Reichsfinanzminister angekündigte Plan des Kabinetts vom dem Mittel des Young-Moratoriums Gebrauch zu machen, wäre der verkehrteste Weg zur Lösung der alles überschattenden Tributfrage. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine neue auswärtige Anleihe und damit eine neue Fessel und neues Gift für unsere Wirtschaft. Daß die bisherige Außen- und Wirtschaftspolitik den Ruin der Wirtschaft und eine Gefährdung der Währung hat herbeiführen müssen, hat der Ablauf der letzten Ereignisse jedem klar vor Augen geführt. Die letzte Diskonterhöhung durch die Reichsbank wird das fürchterliche Elend der Arbeitslosigkeit noch vermehren. Alle Vorschläge und Vorkläufe der Deutschnationalen Volkspartei wollen demgegenüber dieses Elend mildern und dem deutschen Volke Freiheit und Lebensraum zurückerkämpfen. Es wäre ein Mißbrauch des Wortes „Burgfrieden“, wenn jetzt die Vertreter eines gescheiterten Systems dies Wort als Grundlage für den Versuch einer Abwendung des politischen Verfalls benutzen wollten, das ihnen bevorsteht. Der Ernst des deutschen Volkes zur Aufgabe der Erfüllungspolitik kann dem Auslande nur dann zum Bewußtsein gebracht werden, wenn die am Youngplan Schuldigen vor der Finanzreform der Revisionspolitik von der Verantwortung ausgeschlossen sind und der Einfluß des Marxismus im Reiche und in Preußen gebrochen ist. Eine einfache Ausweisung von Persönlichkei-

ten kann nicht als Kurswechsel angesehen werden. Nur der Rücktritt der jetzigen Reichsregierung, Neuwahlen in Preußen und die Übernahme der Verantwortung durch die Rechte kann Deutschland retten.

### Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Berlin. Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst mitteilt, fand am Montag eine dreistündige, sehr offene Aussprache zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung statt, die durch Reichskanzler Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Stegerwald vertreten war. Von den Gewerkschaften waren u. a. Geisler vom freiwirtschaftlich-nationalen Gewerkschaftsring, Tiele von den Christlich-nationalen Gewerkschaften und Vesper von den Freien Gewerkschaften als Wortführer anwesend. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung im allgemeinen und auf die besonders ungerechte Lastenverteilung bei der Krisensteuer hin. Sie wandten sich ferner gegen die untragbaren Nachteile, die den Erwerbslosen erwachsen, nicht zuletzt auch den Jugendlichen, die bis zum 21. Lebensjahre überhaupt nicht von ihren Rechten aus der Versicherung Gebrauch machen dürfen. Auch die Ausnahmebelastung der Beschäftigten in der Industrie und der sogenannte Tarifstreik durch die Notverordnung waren Gegenstand lebhafter Aussprache. Ferner fand die Stellung der Lohnkürzerkategorie und die Ersatzungsspflicht für gewährte Krisenunterstützung Abhandlung.

Reichskanzler Brüning erkannte die schwere Belastung der durch die Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmer an, hob aber hervor, daß der Erlaß der Notverordnung wichtigen Staatsnotwendigkeiten entspreche. Die Notverordnung müsse am 1. Juli unbedingt in Kraft treten. Er sei aber zu Unterhandlungen bereit und hoffe bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages am 18. Oktober zu einer Verständigung bzw. zu einem Gesamtkompromiß zu kommen.

### Hauptmann Göring beim Reichskanzler.

Berlin. Ueber seinen Empfang durch den Reichskanzler teilt der Abg. Göring (NSDAP.) folgendes mit: Um 21 Uhr hat der Reichskanzler den Vertreter der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Göring, M.D.R., empfangen. Der Reichskanzler orientierte den Abgeordneten über die Lage. Darauf schloß sich der Reichsbankpräsident den Ausführungen des Reichskanzlers an. Nach Ansicht der Reichsregierung bedeutet die Einberufung des Reichstages eine Verschlimmerung der gegenwärtigen Lage. Abg. Göring nahm die Informationen entgegen und antwortete lediglich kurz, daß nach Auffassung der Nationalsozialisten nicht die Einberufung des Reichstages, sondern die derzeitige Politik die Lage herbeigeführt habe, zweitens daß das Vertrauen des Auslandes weniger von der Frage der Einberufung des Reichstages abhängt als davon, daß in Deutschland geordnete Zustände herrschen, d. h. Leib und Leben nationaler Deutscher nicht in dem bisherigen Maße bedroht sei. Die kommunistischen Ueberfälle und Unruhen und das Verhalten der Regierung seien nach Ansicht der Nationalsozialisten weit mehr der Grund des Mißtrauens des Auslandes als die Einberufung des Reichstages.

### Die oldenburgische Regierung zurückgetreten.

Oldenburg. (Funkpruch.) Nach der Annahme des Mißtrauensvotums im oldenburgischen Landtag ließ die Regierung erklären, daß sie nicht mehr länger als Geschäftsmiisterium amtierem könne und deshalb zurücktrete. Sie bitte den Landtag, sich mit Beschleunigung die Regierungsgeschäfte über die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, die nunmehr in den Händen der Reichsparteien liegt, werden sehr festlich bezeugt.

### Annahme des Mißtrauensvotums gegen die oldenburgische Regierung.

Oldenburg. (Funkpruch.) Im Oldenburger Landtag wurde heute nach längerer Debatte das Mißtrauensvotum der NSDAP. gegen die oldenburgische Staatsregierung mit einem Ueberstimmungsresultat angenommen. Für das Ministerium stimmten nur vier Abgeordnete, und zwar die Staatspartei, das Landvolk und die DDP. Gegen die Regierung stimmten 24 Abgeordnete, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten. Das Zentrum und die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme (20 Abg.). Eine Erklärung der Regierung zu dem Ergebnis des Mißtrauensvotums steht noch aus.